

Uwe Halbach

Pan-islamische Projektion von Widerstand im östlichen Nordkaukasus

Beitrag zum Symposium: Eine Geschichte der immerwährenden Gewalt?

Ursachen für heutige ethnopolitische Konflikte im Kaukasus in der Zeit seit dem 18. Jahrhundert. Lepsius-Haus 22.-24. April 2016

Unser Symposium widmet sich ethno-politischen Konflikten und stellt damit ethnische Zuordnung als einen maßgeblichen Identitätsfaktor heraus. Mein Vortrag behandelt Islam als einen Identitätsbezug, der ethnische Grenzen überschreitet und als ideologische Grundlage für antikolonialen Widerstand diente. Der regionale Bezugspunkt ist dabei der östliche Teil des Nordkaukasus, der heute die russländischen Teilrepubliken Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien umfasst.

Im Raum der ehemaligen Sowjetunion fanden seit dem Übergang in die nachsowjetische Periode Prozesse statt, die als „religiöse Wiedergeburt“ bezeichnet wurden. Sie waren in Absetzung von einer religionsfeindlichen sowjetischen Ideologie und im Kontext der Gewinnung von Eigenstaatlichkeit ehemaliger Sowjetrepubliken eng mit „nationaler Wiedergeburt“ verbunden. Diese Verbindung des Sakralen mit dem Nationalen ist vor allem dort stark ausgeprägt, wo die dominierende Glaubensgemeinschaft sich als besonders altertümliche Landes-oder Nationalkirche manifestiert wie in Armenien und Georgien. In muslimischen Teilen des postsowjetischen Raumes hat religiöse „Wiedergeburt“ zur Verbindung mit der islamischen Außenwelt geführt, von der Zentralasien, Aserbaidshan im Südkaukasus und die muslimischen Regionen Russlands in sowjetischer Zeit abgeschottet waren. Bei dieser Öffnung entfalteten sich auch islamistische und panislamische Kräfte – allerdings von Region zu Region in unterschiedlichem Ausmaß. Im Kaukasus zeigt sich dieser Unterschied etwa zwischen Aserbaidshan, wo die Gesellschaft bei aller

Wiederentdeckung islamischer Tradition in einem säkularen Nationalismus verwurzelt ist und sich radikal-islamistische Herausforderungen noch in überschaubaren Grenzen halten, und dem ihm benachbarten östlichen Teil des Nordkaukasus, der zu einem Zentrum islamistischer Untergrundaktivität im postsowjetischen Raum geworden ist. Aus europäischer Perspektive ist es nicht irrelevant, dass die Region mit der wohl stärksten Entfaltung islamistischer Dynamiken in diesem Raum nicht nördlich von Afghanistan in Zentralasien liegt, sondern am Südrand Europas nördlich des Großen Kaukasus.

Dabei war der europäische Blick auf den Nordkaukasus lange Zeit auf Tschetschenien beschränkt, das zum Pars pro toto für diese Region wurde und mit zwei Kriegen und Zigtausenden Todesopfern für das schlimmste Gewaltereignis nach dem Zerfall der Sowjetunion steht. Erst in den letzten zehn Jahren richtete sich der Blick auch auf Nachbarrepubliken und zentralere Abschnitte des Nordkaukasus wie Kabardino-Balkarien. Diese Erweiterung der Perspektive hatte damit zu tun, dass hier Aufstandsbewegungen unter islamischer Flagge ethnische und lokale Grenzen überschritten und sich zumindest teilweise mit auswärtigen islamistischen Netzwerken in Verbindung setzten. Gegenwärtig wird unter diesen externen Adressen der *Islamische Staat* in Syrien und Irak (ISIS) hervorgehoben. In den letzten anderthalb Jahren häuften sich in russischen und internationalen Analysen Warnungen vor dessen Ausstrahlungen auf den GUS-Raum und dort besonders auf den Nordkaukasus.

Doch bevor ich zu den gegenwärtigen Entwicklungen komme, ein historischer Rückblick. Zuvor noch eine kurze Anmerkung zum Begriff „Wiedergeburt“ im religiösen Kontext. Er ist gerade mit Blick auf den östlichen Teil des Nordkaukasus in Anführungszeichen zu setzen. Denn hier war der Islam auch in sowjetischer Zeit keineswegs ausgelöscht. Zwar beschränkte sich der „offizielle Islam“ in der dort größten Teilrepublik Dagestan in den 1970er Jahren auf zwei Dutzend „arbeitende Moscheen“, wie es im sowjetischen Jargon hieß, und etwa 50 Mullahs unter staatlicher Aufsicht. Unterhalb dieser offiziellen Ebene wurden

Religion und Tradition aber durch Alltags- und Familienriten gelebt, ebenso in einem Netz heiliger Kultstätten, die Gräber prominenter Sufi-Scheichs umfassten und zum Ziel von Pilgerfahrten wurden. Zugleich traten bereits in spätsowjetischer Zeit Strömungen hervor, die sich strikt an der Scharia orientierten und einige dieser Traditionen als heidnisch diffamierten. Da deutete sich bereits das Spannungsverhältnis zwischen traditioneller und fundamentalistischer Religiosität an, das heute in Konflikten zwischen Sufis und Salafiten oder „Wahhabiten“ besonders in Dagestan zum Ausdruck kommt.

Dass gerade der östliche Teil des Nordkaukasus zum Kerngebiet eines 2007 vom letzten tschetschenischen Untergrundpräsidenten Doku Umarov ausgerufenen islamischen „Kaukasus Emirats“ wurde, hat seinen historischen Hintergrund. Diese Region war im 19. Jahrhundert das Kerngebiet eines antikolonialen Widerstands unter islamischer Flagge, der das Zarenreich in den bis dahin längsten und brutalsten Krieg in der Geschichte seiner kolonialen Ausdehnung seit dem 16. Jahrhundert verwickelt hat.

Die Religionsgeschichte des Nordkaukasus ist nicht weniger kompliziert als seine ethnisch-linguistische Geographie. Animismus, Christentum, Judentum und Islam sind Teil dieser Geschichte. Auswärtige Mächte unterschiedlicher Konfession hatten Einfluss auf die Region und übten dort Herrschaft aus: vom Chasarenreich, über Byzanz, das arabische Kalifat, die Goldene Horde, das Osmanische Imperium bis zum Zarenreich. Die Islamisierung der Bergvölker erstreckte sich vom siebten bis ins 19. Jahrhundert. Einige Volksgruppen der Region wurden erst relativ spät im Kontext mit der Widerstandsbewegung gegen russische Kolonialherrschaft zum Islam bekehrt. Im Prozess der Islamisierung zeigte sich ein Ost-West-Gefälle von Dagestan im Osten, das wohl am frühesten und tiefsten im Islam verwurzelt war, bis in die tscherkessischen Siedlungsgebiete im Westen, wo antikolonialer Widerstand nicht in erster Linie religiös, islamisch determiniert war. Für die meisten ethnischen Gruppen unter den Bergvölkern hatte das tribale Gewohnheitsrecht *Adat* Vorrang vor *Schariah*.

Im späten 18. und 19. Jahrhundert waren islamische Autoritäten bemüht, ethnische und tribale Grenzen zu überschreiten, die Bergvölker im Widerstand gegen russische Kolonialpolitik zu vereinen und diesem Widerstand staatliche Organisationsform zu verleihen. Es waren sufitische Orden und Netzwerke wie Nakschbandijja und Qadiriyya, die wesentlich die ethno-religiöse Identität in diesem Teil des Kaukasus bestimmten. Da wurden Ordnungsformen sufitischer Bruderschaften (tariqat) für den aktiven Widerstand instrumentalisiert. Der Sufismus trat im Nordkaukasus wie auch in anderen muslimischen Regionen – so in Algerien unter Abd el Qader- über seine mystische Haltung und religiöse Entrücktheit hinaus in politischen Aktivismus und Widerstand. Die Beziehung zwischen dem Schüler (Murid) und dem Lehrer oder Meister (Scheich, Murschid) einer Bruderschaft wurde zum Gefolgschaftsprinzip bei der Organisation des Widerstands gegen die Oberherrschaft durch „Ungläubige“. Die jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee des Zaren und den Bergvölkern des Nordkaukasus gingen als *Muridenkrieg* in die Historiographie ein. Den Höhepunkt erreichte die Organisation des Widerstands in einer politischen Entität, die man heute als „Islamischen Staat“ bezeichnen würde, unter Imam Schamil, der den Jihad oder *Ghazawat*, wie er in den historischen Quellen genannt wird, von 1834 bis zur Kapitulation von 1859 leitete. In diesem Schamilschen Imamatsverband verband sich sufitisches Organisationswesen mit einem rigiden islamischen Legalismus, den man heute eher in Verbindung mit Salafismus bringen würde. Anders als heute – wo sich etwa in Dagestan Sufismus und Salafismus entgegenstehen und Sufismus mit traditioneller Religiosität, politischer Abstinenz und Staatstreue in Verbindung gebracht wird, während Salafismus für religiösen Radikalismus, politische Opposition und Aktivismus steht, haben sich diese Welten im Imamatsverband Schamils vermischt.

Wie wurden die gegnerischen Kämpfer im Zarenreich wahrgenommen? Ein russischer Kaukasusliterat, A. Marlinskij, präsentierte seinen Lesern die

Bergvölker, die *gorcy*, als „würdige Gegner“, schrieb aber zugleich, wie schön der Kaukasus doch wäre, wenn es dort drei Dinge nicht gäbe: „Pest, Cholera und Mohammedanismus“. Während die Selbstverteidigung nordkaukasischer Volksgruppen in der russischen Literatur noch einen gewissen Respekt erheischte und die *gorcy* zu „edlen Wilden“ stilisiert wurden, figurierte die islamische Motivation ihres Widerstands unter dem Schlagwort Fanatismus. Dabei gab es im sufitischen Spektrum dieser Periode durchaus auch einen pazifistischen Gegenpol in Gestalt des dagestanisch-kumykischen Scheichs Kunta Hadschi, der die Rückkehr zur mystischen Kontemplation predigte und der von Schamil strikt geforderten religiösen Pflicht zum bewaffneten Widerstand „bis zum letzten Mann“ widersprach. Seine Lehre wurde nach seiner Rückkehr aus Mekka 1861 bei den kriegsmüden Dagestanern und Tschetschenen auf dem Territorium des inzwischen liquidierten Schamilschen Imamats populär. Der Kunta Hadschi Orden bildet heute in Tschetschenien unter der Autokratie Ramsan Kadyrows praktisch die „Staatsreligion“.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik verlagerte Identität auf ethnisch-linguistische Zuordnungskriterien. Mit seiner Vielvölkerlandschaft wurde der Kaukasus zum Laboratorium für eine sowjetische Nationalitätenpolitik, die in den 1920er Jahren die Verwurzelung (*korenizacija*) namengebender Volksgruppen in den Kader-, Verwaltungs- und Bildungsstrukturen auf nationaler Ebene förderte. Diese Periode wurde dann durch den Stalinschen Terror beendet, der im Nordkaukasus bekanntlich zur brutalen Deportation ganzer Volksgruppen führte.

Dabei konnte die sowjetische Nationsbildung im Nordkaukasus die islamische Symbolik der prä-nationalen Periode nicht völlig verdrängen. Antisowjetische Aufstände griffen auf diese Symbolik zurück. Noch Ende der 1920er Jahre waren rd. 40% der männlichen Erwachsenenbevölkerung der tschetscheno-inguschischen Teilrepublik Mitglieder in verschiedenen Filialen von Sufi-Orden. In Dagestan war es noch in spätsowjetischer Zeit nicht ungewöhnlich, dass hohe

Parteifunktionäre Mitglieder in solchen Bruderschaften waren. Dabei war die Mitgliedschaft in solchen Netzwerken allerdings eng mit ethnischen oder tribalen Zuordnungskriterien verbunden und trug kaum einen pan-islamischen Charakter – dafür waren die Muslimregionen der Sowjetunion zu sehr von der islamischen Außenwelt abgeschottet.

Das änderte sich in der nachsowjetischen Periode, in die der Nordkaukasus vor allem mit der tschetschenische Sezessionsbewegung eintrat. Diese Bewegung war unter Führung des ehemaligen sowjetischen Generals Dschohar Dudajew zwar in erster Linie auf nationale Unabhängigkeit der tschetschenischen Republik gerichtet und fügte sich in ein Gesamtbild, das ein führender russischer Ethnologe, Valerij Tischkow, angesichts mannigfacher ethno-territorialer Konflikte innerhalb der zerfallenden Sowjetunion mit „vzryv etničnosti“, „Explosion des Ethnischen“, bezeichnete. Aber es mischte sich schon in den ersten Tschetschenienkrieg von Dezember 1994 bis August 1996 auch das Klischee des „Religionskrieges“ ein. Das russische Fernsehen präsentierte tschetschenische Kommandeure bei Geiselnahmen im Sommer 1995 und Januar 1996 mit grünen Kopfbändern. In Tschetschenien standen dem bewaffneten Widerstand gegen die massive Militärintervention Kämpfer aus dem islamischen Ausland wie der legendäre Ibn al Chattab zur Seite. Der Widerstand wurde von arabischen religiösen Stiftungen finanziell unterstützt. Den für die russische Armee deprimierenden Ausgang dieses Kriegs plakatierten russische Kommentare als „Kapitulation vor dem islamischen Fundamentalismus“. Auf einer Pressekonferenz im Februar 1996 hatte Präsident Jelzin Dudajew bezichtigt, den gesamten Kaukasus einschließlich seiner christlichen Länder in einen Islamischen Staat eingliedern zu wollen. Ein solcher islamischer Sezessionismus war in Wirklichkeit keineswegs die Option für die Muslime in Russland. In der Nachbarrepublik Tschetscheniens, in Dagestan, hatte die Bevölkerung vor allem eine Option, nämlich sich aus dem Konflikt zwischen Moskau und Grosny herauszuhalten.

In der Zeit nach 1996 verstärkte sich im bewaffneten Untergrund allerdings eine ideologische Transformation von nationaler Unabhängigkeitsbewegung hin zu trans-ethnischem islamischen Widerstand – ein Prozess, den man mit „Jihadisierung“ bezeichnen könnte. Und dies geschah in Anlehnung an das historische Vorbild und mündete 2007 in das von Doku Umarow ausgerufene „Kaukasus Emirat“ - einen virtuellen Gottesstaat, der zwar keine kompakte territoriale Herrschaft ausübte, wie der IS in Syrien und Irak, aber die Aktivitäten lokaler Untergrund-Gruppen (Jama'at=Gemeinden) koordinierte und ideologisch legitimierte.

Seit 1997 subsumierte in den russischen Medien das Schlagwort von den „Wahhabiten“ alle möglichen islamischen Strömungen, die auch nur im Entferntesten des „religiösen Extremismus“ verdächtig waren. Da wurden observante, aber unpolitische und nicht gewaltorientierte Muslime, politisch aktive Islamisten und gewaltorientierte Jihadisten in einen Topf geworfen. In dem de facto unabhängigen, aber vom Krieg völlig zerstörten Tschetschenien, über dessen internationale Isolation Moskau Wache hielt, entfalteten sich ideologische Kämpfe zwischen führenden Feldkommandeuren wie Schamil Bassajew und dem Präsidenten Maschadow. Radikal-islamistische Kräfte begaben sich dabei in Konfrontation nicht nur zu einem säkularen Nationalismus, sondern auch zu gemäßigten Sufi-Bruderschaften wie dem Kunta Hadschi Orden, dem der oberste offizielle Geistliche Tschetscheniens, Ahmad Kadyrow angehörte, der dann vom neuen russischen Präsidenten Putin zum Republikführer befördert wurde. 1999 kam es zu Übergriffen des islamistischen Untergrunds in Tschetschenien auf Dagestan, wo sich in einigen Dörfern Scharia-Enklaven gebildet hatten. Insgesamt provozierte dieser tschetschenische Vorstoß unter der Flagge des Jihad aber in der Bevölkerung der Nachbarrepublik Gegenwehr und wurde von Moskau als Anlass für den zweiten Tschetschenienkrieg genommen, der in den ersten zwei Jahren nicht weniger brutal ausgetragen wurde als der erste. Auch auf der Gegenseite wuchs die

Brutalität. Seit 1999 gab es 75 größere islamistische Terroranschläge gegen weiche Ziele in Russland, Ihnen fielen Hunderte Zivilisten zum Opfer, darunter Kinder bei der Geiselnahme an einer Schule in Beslan 2005.

Lassen Sie mich abschließend einen Blick auf gegenwärtige Entwicklungen und auf Zahlenangaben zu islamistischer Untergrundaktivität im Nordkaukasus, wiederum vorwiegend im östlichen Teil der Region werfen. In internationalen sicherheitspolitischen Quellen wird die Situation im Nordkaukasus nach wie vor mit „low level insurgency“ umschrieben. Wir sehen seit 2014 zwei Trends: einerseits die Abnahme von Gewaltaktivitäten und Terroranschlägen in der Region und aus der Region auf andere Teile Russlands, andererseits wachsende Verbindungen zu externen islamistischen Akteuren, wobei die Ausstrahlungen des Islamischen Staats aus Syrien und Irak auf die Region derzeit diskutiert werden. Ich verweise auf eine gerade erschienene Studie der *International Crisis Group* unter dem Titel: *The North Caucasus Insurgency and Syria*.

Einerseits gingen Terroranschläge und Gewaltakte 2014 angeblich – und bei allen Zahlenangaben ist hier das „angeblich“ zu betonen - um 46% und 2015 um weitere 51% zurück. In den Jahren zuvor hatten sie beständig zugenommen, wobei Dagestan in der Gewaltstatistik des Nordkaukasus in den letzten Jahren an der Spitze stand. Tschetschenien bildete nicht mehr das Epizentrum von Gewalt in dieser Region. Der Kriegszustand in der Republik konnte überwunden und ein Wiederaufbau eingeleitet werden, allerdings in einem Prozess der „Kadyrowisierung“ oder „Ramzanisierung“, der wohl kaum für nachhaltige Befriedung und schon gar nicht für gute Regierungsführung steht. An diesem Kadyrowschen Privatstaat prallt die Putinsche Machtvertikale weitgehend ab. Unter lautstarker Loyalitätsbekundung für Präsident Putin und Bestätigung der Zugehörigkeit Tschetscheniens zur Russischen Föderation macht der junge Ramzan Kadyrow in diesem „Föderationssubjekt“ ganz und gar sein eigenes Ding, praktiziert seine eigene Kulturpolitik, seine eigene Außenpolitik und hat seinen eigenen Sicherheitsapparat etabliert unter Einbeziehung ehemaliger

Untergrundkämpfer. Dabei verfolgt Kadyrow auch seine eigene Islampolitik. Einerseits dämonisiert und bekämpft er den islamistischen Untergrund, wobei sich die Gewalt auch gegen salafitische Kräfte richtet, die nicht dem bewaffneten Untergrund angehören. Andererseits kultiviert er einen „traditionellen, tschetschenischen, sufitischen Islam“, bezieht in ihn aber Verhaltensnormen ein, die eher dem kulturellen Repertoire des bekämpften Gegners entsprechen: etwa mit der Betonung einer strikten Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes. Kadyrow ist geradezu bestrebt, sich als Führer des Islam in ganz Russland zu präsentieren.

Die Situation in Dagestan und Inguschetien unterscheidet sich davon. In beiden Republiken wurde der Dialog zwischen Regierung, offizieller Geistlichkeit und einer islamistischen Opposition versucht, wobei es allerdings zu Rückschlägen und zur Unterbrechung des Dialogs kam. Gegenwärtig befindet sich die Regierung in Dagestan wieder in Konfrontation zu salafitischen Oppositionskräften und kooperiert dabei mit der offiziellen geistlichen Verwaltung, die ihrerseits eng mit Sufi-Orden und Scheichs verbunden ist. Hier haben wir eine geradezu klassische Konstellation von: Sufis versus Salafiten. In Inguschetien wiederum ermuntert Republikführer Junus-bek Jewkurow die offizielle Geistlichkeit und die ihr nahestehenden Sufi-Organisationen weiterhin zum Dialog mit allen muslimischen Gemeinden, einschließlich der salafitischen, und bezeichnet die Darstellung der Verbindungen zwischen dem Nordkaukasus und dem IS als übertrieben.

Für den Rückgang der Gewaltaktivitäten ab 2014 führen russische und externe Quellen unterschiedliche Gründe an. Da wird auf Erfolge der lokalen und föderalen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung des bewaffneten Untergrunds verwiesen. In den letzten zwei Jahren wurden ideologische und militärische Führer des „Kaukasus Emirats“ in hoher Zahl bei Militäroperationen im Nordkaukasus liquidiert. Hinzu kommt, dass dieses „Kaukasus Emirats“, das sich nach außen hin vor allem al-Qaida zugeordnet hatte, durch

Gefolgschaftswechsel zahlreicher Emire und Feldkommandeure zum Islamischen Staat (ISIS) innerlich gespalten wurde. Als einen wesentlichen Faktor führen einige regierungskritische russische und ausländische Quellen allerdings auch einen anderen Umstand an: Dass nämlich die russischen Sicherheitsorgane bis vor kurzem eine Abwanderung nordkaukasischer Kämpfer in den Mittleren Osten, einen Jihad-Tourismus aus Russland nach Syrien und Irak geduldet, ja geradezu gefördert hätten, um innerhalb der eigenen Staatsgrenzen für Entlastung zu sorgen – dies vor allem im Umfeld der Winterolympiade in Sotchi.

Im Juni 2015 erhob der IS Anspruch auf alle Territorien, die das Kaukasus Emirats seit 2007 als seinen Einflussbereich definiert hatte, rief ein *Vilajat Kavkaz* als Teil seines Kalifats aus und setzte dort den Dagestaner Aselderov als Emir ein. Danach gab es mehrere Drohungen des IS an die Adresse Russlands. Nach der Militärintervention Russlands in Syrien Ende September 2015 erklärt der IS-Sprecher al Adnani Russland den Jihad. Der IS übernahm dann Verantwortung für den Abschuss eines russischen Flugzeugs über Sinai mit 224 Todesopfern.

Von einer massiven Präsenz des IS im Nordkaukasus kann allerdings nicht die Rede sein – eher umgekehrt, was die Beteiligung von Freiwilligen aus dem Nordkaukasus und anderen Teilen Russlands an Kämpfen in Syrien und Irak betrifft. Laut offiziellen Angaben befinden sich dort 2900 Staatsbürger Russlands in islamistischen Kampfeinheiten. Andere Angaben gehen noch weit darüber hinaus. Laut dem Direktor des GUS-Antiterrorzentrums könnten 5000 Staatsbürger Russlands unter der Flagge des IS kämpfen. 900 kommen angeblich allein aus Dagestan, wobei die dortige Regierung die Zahl Ende 2015 mit 683 angegeben hat. Dazu kommen Tschetschenen aus ihrer Heimatrepublik und aus Diasporagruppen in Europa.

Derzeit werden intensive Diskussionen zwischen Vertretern der Regierung und der offiziellen Geistlichkeit über Gefahren und Ursachen islamistischer Radikalisierung im Nordkaukasus geführt. Vor wenigen Wochen fand im Rahmen des *Nordkaukasischen Föderalbezirks* eine Konferenz in Naltschik (Kabardino-Balkarien) zur Frage statt, wie solche Radikalisierung verhindert werden könnte. Dabei kamen auch Stimmen auf, die davor warnten, bei der Bekämpfung islamistischer Gewalt in erster Linie auf Gewalt zu setzen. Die Geschichte des Nordkaukasus seit Ende des 18. Jahrhundert steht eben besonders anschaulich dafür, dass Gewalt stets nur Gegengewalt generiert. Insgesamt bleibt für die Entwicklung im östlichen Teil des Nordkaukasus in nachsowjetischer Zeit folgendes festzustellen: Diese Region bildet Russlands „inneres Ausland“ – eine neuere Studie aus Warschau spricht gar von „Russlands Mittlerem Osten“. Zwei Trends sind dafür verantwortlich zu machen: Erstens ein Prozess der Entrussifizierung. Der russische Bevölkerungsteil, der in sowjetischer Zeit noch recht groß war, ist aus der Region ausgewandert, wenn auch die russische Sprache in der Region noch weitgehend in Gebrauch ist. Tschetschenien und Inguschetien sind heute ethnisch fast homogen, wenn auch immer noch tribal untergliedert. Russen gibt es hier kaum noch. Dagestan ist der ethnisch heterogenste Teil des gesamten Kaukasus, wenn nicht gar des gesamten postsowjetischen Raums, aber der russische Bevölkerungsteil ist auch hier auf unter drei Prozent geschrumpft. Zu diesem ethno-demographischen Prozess kommt verstärkte Islamisierung und Re-Traditionalisierung hinzu. Für einen politisierten, radikalisierten Appell an „islamische Gerechtigkeit“, der insbesondere in jungen Bevölkerungsgruppen in Dagestan Gehör findet, bietet die Region breite politische und sozialökonomische Angriffsflächen.